

Datum: 11.04.2025 Nr.: 14

### Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<b><u>Juristische Fakultät:</u></b>	
Prüfungs- und Studienordnung für den integrierten Bachelor-Studiengang „Rechtswissenschaften“	230
<b><u>Fakultät für Biologie und Psychologie:</u></b>	
Siebzehnte Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelor-Studiengang „Psychologie“	247
Fünfte Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Psychologie: Klinische Psychologie und Psychotherapie“	251
<b><u>Fakultät für Agrarwissenschaften:</u></b>	
Erste Änderung der Ordnung über die Zugangsvoraussetzungen für den Bachelor-Studiengang „Agrarwissenschaften“	255
<b><u>Zentrale Einrichtungen:</u></b>	
Zwanzigste Änderung der Prüfungsordnung für Studienangebote der Zentralen Einrichtung für Sprachen und Schlüsselqualifikationen (ZESS)	257

Herausgegeben von dem Präsidenten der Georg-August-Universität Göttingen

**Juristische Fakultät:**

Nach Beschlüssen des Fakultätsrates der Juristischen Fakultät vom 27.08.2024 und 13.11.2024 sowie nach Stellungnahme des Senats vom 19.03.2025 hat das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen am 02.04.2025 die Prüfungs- und Studienordnung für den integrierten Bachelor-Studiengang „Rechtswissenschaften“ an der Georg-August-Universität Göttingen genehmigt (§ 44 Abs. 1 Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 13.12.2024 (Nds. GVBl. S. 118), § 41 Abs. 2 Satz 2 NHG; §§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 b), 44 Abs. 1 Satz 3 NHG).

**Prüfungs- und Studienordnung für den integrierten Bachelor-Studiengang  
„Rechtswissenschaften“ an der Georg-August-Universität Göttingen*****Teil 1: Allgemeines*****§ 1 Regelungsbereich**

(1) <sup>1</sup>Diese Prüfungs- und Studienordnung gilt für den integrierten Bachelorstudiengang „Rechtswissenschaften“ der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen.

<sup>2</sup>Sie regelt Inhalt, Aufbau und Prüfungen des Studienganges, der vollständig im Sinne von § 7 Abs. 1b BAföG in den Studiengang „Rechtswissenschaften“ (erste Prüfung) integriert ist.

(2) Das Niedersächsische Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen (NJAG), die Verordnung zum Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen (NJAVO), die Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung, die Prüfungsordnungen der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen sowie die sonstigen Bestimmungen des Studienganges „Rechtswissenschaften“ (erste Prüfung) finden in der jeweils gültigen Fassung Anwendung, soweit in dieser Prüfungs- und Studienordnung nichts Abweichendes geregelt ist.

**§ 2 Ziele des Studiums, Tätigkeitsfelder, Zweck der Prüfung**

(1) <sup>1</sup>Ziel des integrierten Bachelorstudiengangs „Rechtswissenschaften“ ist der Erwerb von fundierten Kenntnissen in allen Teilgebieten des Rechts (Zivilrecht, Strafrecht, Öffentliches Recht) und in den Grundlagenfächern sowie von vertieften Fachkenntnissen im gewählten Schwerpunktbereich. <sup>2</sup>Studierende werden so befähigt, wissenschaftliche Erkenntnisse in der Praxis anzuwenden und zu vermitteln, sich fachlich fundierte Urteile zu bilden, neue wissenschaftliche Ergebnisse kritisch zu reflektieren und deren praktischen Wert einzuschätzen. <sup>3</sup>Darüber hinaus erwerben die Studierenden fachspezifische Fremdsprachenkenntnisse sowie wirtschaftliches und sozialwissenschaftliches Grundwissen.

<sup>4</sup>Praktische Studienzeiten ermöglichen Einblicke in die Praxis. <sup>5</sup>Die Teilnahme an Schlüsselqualifikationsveranstaltungen dient zusätzlich der Qualifizierung für die Berufspraxis.

(2) <sup>1</sup>Der integrierte Bachelorstudiengang „Rechtswissenschaften“ eröffnet Absolventinnen und Absolventen durch die Qualifizierung zum Einstieg in die berufliche Praxis sowie zum Studium von - auch internationalen - Masterstudiengängen zusätzliche berufliche Perspektiven. <sup>2</sup>Durch die generalistische Ausrichtung des Studiums qualifizieren sie sich für vielfältige Aufgaben und Tätigkeiten in unterschiedlichen Berufsfeldern. <sup>3</sup>Hierzu zählen beispielsweise Bank- und Finanzwesen, Wirtschaft und Industrie, Unternehmensberatung, Politik und Medien, Verbände, NGOs sowie Behörden.

(3) Durch die Bachelorprüfung wird festgestellt, ob die notwendigen Fachkenntnisse erworben wurden und die Studierenden die Fähigkeit besitzen das Recht in seinem Bezug zur Praxis anzuwenden.

### **§ 3 Zulassung**

(1) Zugelassen sind Studierende, die mindestens drei Semester im Studiengang Rechtswissenschaften (erste Prüfung) studiert haben.

(2) <sup>1</sup>Die Immatrikulation in den Studiengang Rechtswissenschaften (erste Prüfung) bewirkt ab dem 4. Fachsemester zugleich die Immatrikulation in den integrierten Bachelorstudiengang „Rechtswissenschaften“. <sup>2</sup>Eine alleinige Immatrikulation in den integrierten Bachelorstudiengang „Rechtswissenschaften“ ist ausgeschlossen. <sup>3</sup>Studierende können ihre Immatrikulation in den integrierten Bachelor-Studiengang einmalig widerrufen. <sup>4</sup>Nach dem Widerruf ist eine Rückkehr in den integrierten Bachelorstudiengang „Rechtswissenschaften“ ausgeschlossen.

(3) Abweichend von Abs. 2 S. 2 können Studierende, die die erste Prüfung bereits bestanden oder die Pflichtfachprüfung endgültig nicht bestanden haben, im integrierten Bachelorstudiengang „Rechtswissenschaften“ immatrikuliert bleiben, um ausstehende Studien- und Prüfungsleistungen zu absolvieren.

(4) <sup>1</sup>Wer die Zwischenprüfung endgültig nicht bestanden hat, verliert den Prüfungsanspruch. <sup>2</sup>Damit erlischt die Zulassung zum Studium und es erfolgt die Exmatrikulation für dieses Fach.

### **§ 4 Akademischer Grad**

<sup>1</sup>Nach erfolgreich absolviertem Studium und bestandener Prüfung (§ 18) verleiht die Juristische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen den Hochschulgrad eines „Bachelor of Laws“ (LL.B.). <sup>2</sup>Die Verleihung setzt das Vorliegen einer Mindeststudiendauer von zwei Semestern voraus, die die betreffende Person an der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität in Göttingen absolviert haben muss.

## **§ 5 Gliederung des Studiums**

(1) <sup>1</sup>Die Regelstudienzeit beträgt 8 Semester. <sup>2</sup>Der Studiengang ist nicht teilzeitgeeignet.

(2) <sup>1</sup>Das Studium umfasst eine Gesamtleistung von 240 Anrechnungspunkten (European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS-) Credits; abgekürzt: C) und beginnt im vierten Fachsemester. <sup>2</sup>Ein Credit beinhaltet nach Maßgabe des ECTS einen studentischen Arbeitsaufwand von 30 Zeitstunden. <sup>3</sup>Für das erste bis dritte Fachsemester werden für die bestandene Zwischenprüfung im Studiengang „Rechtswissenschaften“ (erste Prüfung) 90 Credits mit der Note der Zwischenprüfung angerechnet. <sup>4</sup>Die weiteren Anrechnungspunkte verteilen sich folgendermaßen:

Zivilrecht	40 Credits
Öffentliches Recht	23 Credits
Strafrecht	17 Credits
fachspezifische Fremdsprachen	6 Credits
wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Grundlagen	6 Credits
Schlüsselqualifikation	6 Credits
Praktika	12 Credits
gewählter Schwerpunktbereich	28 Credits
Abschlussmodul	12 Credits.

(3) <sup>1</sup>Die Studien- und Prüfungsleistungen sind sowohl in den Pflichtmodulen, als auch in den Wahlpflichtmodulen zu erbringen. <sup>2</sup>In der Modulübersicht (Anlage I) sind Pflichtmodule und Wahlpflichtmodule verbindlich festgelegt. <sup>3</sup>Eine Empfehlung für den sachgerechten Aufbau des Studiums ist den in Anlage II beigefügten Studienverlaufsplänen zu entnehmen. <sup>4</sup>Die Modulbeschreibungen werden gesondert in geeigneter Weise bekannt gemacht; sie ergänzen diese Ordnung, soweit die Module in der Modulübersicht (Anlage I) aufgeführt sind.

## **§ 6 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen**

(1) <sup>1</sup>Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen des Studiengangs Rechtswissenschaften (erste Prüfung) an der Georg-August-Universität Göttingen erfolgreich absolviert wurden, werden von Amts wegen im Rahmen des integrierten Bachelorstudiengangs „Rechtswissenschaften“ anerkannt, soweit sie entsprechend der Modulübersicht dieses Studienganges absolviert werden müssen. <sup>2</sup>§ 5 Abs. 2 S. 2 bleibt unberührt.

(2) <sup>1</sup>Prüfungs- und Studienleistungen aus anderen Studiengängen und an einer anderen Hochschule erbrachte Leistungen werden auf Antrag der oder des Studierenden anerkannt, sofern keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen bestehen. <sup>2</sup>Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. <sup>3</sup>Bei der Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz (KMK)

und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten.

(3) Außerhalb des Studiums erworbene berufliche Kompetenzen können auf Antrag in einem Umfang von bis zu 50 % auf die für den Studiengang erforderlichen Leistungspunkte angerechnet werden, sofern Gleichwertigkeit gemäß Abs. 2 S. 1f. vorliegt.

(4) <sup>1</sup>Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. <sup>2</sup>Den anerkannten Studien- und Prüfungsleistungen werden die Leistungspunkte zugerechnet, die in dieser Ordnung vorgesehen sind.

## **Teil 2: Prüfungsverfahren**

### **§ 7 Prüfungsadministration**

(1) <sup>1</sup>Dem Prüfungsamt obliegt die Organisation und Verwaltung der Prüfungen. <sup>2</sup>Es führt insbesondere die Prüfungsakten, prüft die Zugangsberechtigung und stellt Urkunden, Zeugnisse sowie englischsprachige „Transcripts of Records“ und Diploma Supplements aus.

(2) Die Studiendekanin oder der Studiendekan leitet das Prüfungsamt und trifft alle Entscheidungen nach dieser Ordnung, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

(3) Die Studiendekanin oder der Studiendekan stellt die Durchführung der Prüfungen sicher und wirkt darauf hin, dass die Prüfungsordnungen sowie die sonstigen Bestimmungen des Studienganges „Rechtswissenschaften“ (erste Prüfung) und die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden.

(4) <sup>1</sup>Die Studiendekanin oder der Studiendekan bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor und führt sie aus. <sup>2</sup>Sie oder er erstattet dem Fakultätsrat auf entsprechende Aufforderung Bericht.

### **§ 8 Prüfungsausschuss**

(1) <sup>1</sup>Es wird ein Prüfungsausschuss gebildet. <sup>2</sup>Ihm gehören fünf Mitglieder an, die Studiendekanin oder der Studiendekan, zwei weitere Mitglieder nach § 8 Abs. 1 lit. a/b, ein Mitglied der Mitarbeitergruppe und ein Mitglied der Studierendengruppe. <sup>3</sup>Das Mitglied der Studierendengruppe hat bei der Bewertung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen nur beratende Stimme.

(2) <sup>1</sup>Mit Ausnahme der Studiendekanin oder des Studiendekans werden seine Mitglieder sowie deren ständige Vertreterinnen oder Vertreter durch die jeweiligen Gruppenvertretungen im Fakultätsrat benannt. <sup>2</sup>Die Amtszeit beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr.

(3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss wird von der Studiendekanin oder dem Studiendekan einberufen und geleitet. <sup>2</sup>Es gilt die Vertretungsregelung des kollegialen Dekanats. <sup>3</sup>Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Prüfungsamtes können an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.

(4) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss trifft alle Entscheidungen, die ihm nach dieser Ordnung zugewiesen sind. <sup>2</sup>Er kann für die verwaltungstechnische Durchführung des Prüfungsverfahrens Richtlinien erlassen.

(5) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter mindestens zwei Mitglieder aus der Professorengruppe, anwesend ist. <sup>2</sup>Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. <sup>3</sup>Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses den Ausschlag.

### **§ 9 Prüferinnen und Prüfer**

<sup>1</sup>Prüfungsberechtigt sind

- a) Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren,
- b) außerplanmäßige Professorinnen und Professoren,
- c) Vertretungsprofessorinnen und Vertretungsprofessoren,
- d) Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren,
- e) Privatdozentinnen und Privatdozenten,
- f) Lehrbeauftragte,
- g) Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren
- h) wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten sowie akademische Rätinnen und Räte, promovierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- i) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Befähigung zum Richteramt, soweit sie Mitglieder oder Angehörige der Universität Göttingen sind und eigenständig Lehrveranstaltungen abhalten.

### **§ 10 Elektronische Prüfungsverwaltung**

(1) Die Studierenden nutzen in eigener Verantwortung Online-Zugänge zu dem System elektronischer Prüfungsverwaltung, mit dem die Prüfungsdaten verwaltet werden.

(2) Die Studierenden sind verpflichtet, die Richtigkeit ihres Online-Kontos regelmäßig zu prüfen; Übertragungsfehler sollen sofort gerügt werden.

(3) Die Prüferinnen und Prüfer oder Ihre Beauftragten wirken bei der elektronischen Erfassung der Prüfungsergebnisse mit und tragen die Bewertungen in das elektronische Prüfungsverwaltungssystem ein.

## **§ 11 Anmeldung und Rücktritt**

(1) <sup>1</sup>An den einzelnen Prüfungen darf nur teilnehmen, wer sich rechtzeitig hierzu angemeldet hat und wem noch ein Prüfungsversuch offensteht. <sup>2</sup>Die Anmeldefrist für Klausuren endet am dritten Tag (10.00 Uhr) vor dem angesetzten Prüfungstermin. <sup>3</sup>Die Abmeldefrist für Klausuren endet am Tag vor der Klausur um 24.00 Uhr. <sup>4</sup>Dies gilt auch, wenn es sich bei dem Vortag um einen Sonntag oder um einen gesetzlichen Feiertag handelt. <sup>5</sup>Die Anmeldefrist für Hausarbeiten endet mit dem letzten Abgabetag (24.00 Uhr). <sup>6</sup>Für versäumte oder verspätet abgelieferte Klausurleistungen oder Hausarbeiten in einer Fortgeschrittenenübung wird „Rücktritt durch Fernbleiben“ eingetragen. <sup>7</sup>Für fristgerecht eingereichte Hausarbeiten kann in Einzelfällen eine Nachmeldung durch das Prüfungsamt erfolgen.

(2) <sup>1</sup>Ein Prüfling kann aus einem wichtigen Grund, insbesondere im Krankheitsfall, auch nach Ablauf der Abmeldefrist von einer Prüfung zurücktreten. <sup>2</sup>Wichtige Gründe sind unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. <sup>3</sup>Erkrankungen sind durch ärztliches Attest nachzuweisen. <sup>4</sup>In offensichtlichen Fällen kann auf die Vorlage eines Attests verzichtet werden. <sup>5</sup>Bei lang andauernder (von in der Regel mehr als sechs Wochen) und bei wiederholter Krankheit (in der Regel bei mehr als zweimaliger Krankschreibung für dieselbe Prüfung) sowie, wenn es sich bei der zu erbringenden Prüfungsleistung um den letzten Prüfungsversuch zu einer Modulprüfung oder Abschlussarbeit handelt, kann die Prüfungskommission ein amtsärztliches Attest oder ein Attest einer von der Universität benannten Ärztin oder eines von der Universität benannten Arztes verlangen. <sup>5</sup>Im Falle wiederholter Krankheit kann auch ein amtsärztlicher Nachweis der Prüfungsfähigkeit verlangt werden.

## **§ 12 Beeinträchtigungen**

<sup>1</sup>Ist ein Prüfling durch eine chronische Erkrankung oder eine Behinderung, die nicht die durch die Prüfung zu belegende Befähigung betrifft, dauerhaft oder länger als ein Semester daran gehindert, die Prüfung wie vorgesehen abzulegen, kann auf Antrag durch die Studiendekanin oder den Studiendekan Nachteilsausgleich gewährt werden. <sup>2</sup>Im Antrag ist die Beeinträchtigung darzulegen und durch ein fachärztliches Attest, das die für die Beurteilung notwendigen medizinischen Befundtatsachen enthält, zu belegen.

## **§ 13 Mutterschutzgesetz, Elternzeit**

(1) <sup>1</sup>Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) mit Ausnahme der §§ 17 bis 24 sowie des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. <sup>2</sup>Die Erfüllung der

Voraussetzungen des Satzes 1 sind durch geeignete Unterlagen, z.B. fachärztliche Atteste, Geburtsurkunden, Bescheinigungen des Einwohnermeldeamtes usw., nachzuweisen.

(2) Die Teilnahme an verpflichtenden Lehrveranstaltungen und Prüfungen während des Mutterschutzes ist auf Antrag durch Erklärung des Verzichts auf den Mutterschutz möglich.

### **§ 14 Täuschung**

(1) <sup>1</sup>Die Prüferin oder der Prüfer kann Teilnehmerinnen und Teilnehmer wegen eines Versuches der Täuschung zu eigenem oder fremdem Vorteil, insbesondere wegen der Benutzung oder Überlassung nicht zugelassener Hilfsmittel oder Inanspruchnahme unzulässiger Hilfe Dritter, von der weiteren Teilnahme an der Teilprüfung ausschließen. <sup>2</sup>In diesem Fall wird die Arbeit in der Regel mit „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. <sup>3</sup>Hierüber ist eine Niederschrift anzufertigen. <sup>4</sup>Entsprechendes gilt, soweit nachträglich ein Täuschungsversuch festgestellt wird.

(2) Im Fall eines schweren oder wiederholten Täuschungsversuchs kann die gesamte Bachelorprüfung nach Anhörung der Beteiligten vom Prüfungsausschuss vorzeitig für nicht bestanden erklärt werden.

(3) Wird ein schwerer oder wiederholter Täuschungsversuch nach der Verkündung der Prüfungsgesamtnote bekannt, so kann nach Anhörung der Beteiligten die Bachelorprüfung innerhalb einer Frist von fünf Jahren seit diesem Tag durch den Prüfungsausschuss für nicht bestanden erklärt werden; das Prüfungszeugnis wird dann zurückgenommen.

(4) Entsprechendes gilt, wenn der Zugang zur Ausbildung und Prüfung im Bachelorstudiengang, eine Fristverlängerung oder die Anerkennung einer Verhinderung vorsätzlich oder grob fahrlässig durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurden.

(5) Eine schriftliche Prüfungsleistung kann mittels geeigneter Software darauf überprüft werden, ob sie selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt wurde; sie kann insbesondere mit Hilfe von Plagiatserkennungssoftware auf möglicherweise nicht kenntlich gemachte übernommene Textpassagen oder sonstige Quellen hin überprüft werden.

### **§ 15 Hilfsmittel bei schriftlichen Hausarbeits- und Bachelorarbeitsleistungen**

<sup>1</sup>Sämtliche verwendete Hilfsmittel sind zu dokumentieren. <sup>2</sup>Im Rahmen des Uploadvorgangs ist die eigenständige Bearbeitung zu versichern und die fakultätsinterne Schlussversicherung (Anlage III) abzugeben.

### **§ 16 Module und Modulprüfungen**

Die einzelnen Module sowie deren Gegenstand, Inhalte, Prüfungsform, Prüfungsdauer sowie Prüfungsanforderungen und Wiederholungsversuche richten sich nach den Regelungen für den Studiengang Rechtswissenschaften (erste Prüfung).

### **§ 17 Abschlussmodul und Bachelorarbeit**

(1) <sup>1</sup>Das Abschlussmodul besteht aus (a) der Bachelorarbeit sowie (b) einem mündlichen Vortrag zum Thema der Bachelorarbeit oder zu einem eigenständigen Thema mit anschließender Diskussion. <sup>2</sup>Für die Durchführung gelten §§ 13 und 15 Abs. 2 S. 2 und 3 SchwPrO entsprechend. <sup>3</sup>Das Abschlussmodul kann einmal wiederholt werden.

(2) <sup>1</sup>Das Thema der Bachelorarbeit bezieht sich auf den im Studiengang Rechtswissenschaften (erste Prüfung) gewählten Schwerpunktbereich. <sup>2</sup>Mittels der Bachelorarbeit soll die/der Studierende nachweisen, dass sie/er in der Lage ist, mit den Methoden ihres/seines Faches eine Aufgabenstellung im festgelegten Zeitraum zu bearbeiten, ein selbständiges, wissenschaftlich begründetes Urteil zu entwickeln, zu wissenschaftlich fundierten Aussagen zu gelangen und die Ergebnisse in sprachlicher wie in formaler Hinsicht angemessen darzustellen. <sup>3</sup>Sie ist im Rahmen eines Schwerpunktseminars zu einem Thema, das die Prüferin oder der Prüfer festlegt, anzufertigen.

(3) <sup>1</sup>Die schriftliche Ausarbeitung im Rahmen der Studienarbeit an der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen (§ 13 Abs. 1 S. 1 Buchst. f. SchwPrO) wird von Amts wegen als Bachelorarbeit angerechnet. <sup>2</sup>Die Anrechnung erfolgt auch bei nicht bestandenen Prüfungsversuchen. <sup>3</sup>Prüfungs- und Studienleistungen aus anderen Studiengängen und an einer anderen Hochschule erbrachte Leistungen können nicht als Bachelor-Arbeit anerkannt oder angerechnet werden.

### **§ 18 Notenbildung**

(1) <sup>1</sup>Für die Bildung von Noten für Modulprüfungen gilt § 1 der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung (JurPrNotSkV) vom 03.12.1981 (BGBl. S. 1243) in der jeweils geltenden Fassung. <sup>2</sup>Besteht ein Modul aus mehreren Teilmodulen, errechnet sich die Modulnote aus dem entsprechend gewichteten arithmetischen Mittel der einzelnen benoteten Teilprüfungsleistungen. <sup>3</sup>Bei der Zusammenfassung der Einzelbewertungen zu einer Gesamtbewertung ist die Gesamtnote bis auf zwei Dezimalstellen ohne Auf- oder Abrundung rechnerisch zu ermitteln.

(2) Für die Bildung der Note für das Abschlussmodul gelten § 14 Abs. 2 und 3 SchwPrO entsprechend.

(3) Die gemäß Abs. 1 und 2 ermittelten Notenwerte (in Punkten [P]) werden wie folgt umgerechnet:

für P wenigstens 12,5 sehr gut (1,0)

für P bis 12,49 sehr gut (1,3)

für P bis 11,49 gut (1,7)

für P bis 10,49 gut (2)

für P bis 9,49 gut (2,3)

für P bis 8,49 befriedigend (2,7)

für P bis 7,49 befriedigend (3)

für P bis 6,49 befriedigend (3,3)

für P bis 5,49 ausreichend (3,7)

für P bis 4,49 ausreichend (4)

für P bis zu 3,99 nicht ausreichend (5).

(4) <sup>1</sup>Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich als nach Anrechnungspunkten gewichtetes arithmetisches Mittel aus den gem. Abs. 3 umgerechneten Noten aller zugehörigen Module einschließlich des Abschlussmoduls. <sup>2</sup>Bei der Berechnung der Note wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

### **§ 19 Bestehen und Nichtbestehen der Bachelorprüfung**

(1) Die Prüfung zum „Bachelor of Laws“ ist bestanden, wenn alle in der Modulübersicht (Anlage I) vorgesehenen Module einschließlich des Abschlussmoduls erfolgreich absolviert worden sind.

(2) Eine Wiederholung von bestandenen Prüfungen zum Zwecke der Notenverbesserung ist nicht möglich.

### **§ 20 Zeugnis, Transcript of Records, Urkunde und Diploma Supplement**

(1) Über die bestandene Bachelorprüfung ist nach Antragstellung beim Prüfungsamt ein Zeugnis nebst englischsprachigem „Transcript of Records“ auszustellen.

(2) <sup>1</sup>Gleichzeitig mit dem Zeugnis über die bestandene Bachelorprüfung wird eine Bachelorurkunde ausgehändigt, mit der der Grad eines „Bachelor of Laws (LL.B.)“ verliehen wird. <sup>2</sup>Ferner erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement in deutscher und englischer Sprache entsprechend den aktuellen Vorlagen von MRK/HRK..

### **§ 21 Akteneinsicht**

Die Prüflinge können die Prüfungsakte in der elektronischen Studierendenakte (ESA) bereits während des laufenden Prüfungsverfahrens einsehen und Dokumente herunterladen.

### **§ 22 Abhilfeverfahren**

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag oder von Amts wegen anordnen, dass von einem Prüfling oder allen Prüflingen die Prüfung oder einzelne Teile derselben zu wiederholen sind, wenn das Prüfungsverfahren oder die Aufgabenstellung mit Mängeln behaftet waren, die die Chancengleichheit erheblich verletzt haben. <sup>2</sup>Die Wiederholung soll, soweit möglich, unmittelbar nach Bekanntwerden des Verfahrensmangels und vor Abschluss des Prüfungsverfahrens erfolgen.

(2) <sup>1</sup>Mängel des Prüfungsverfahrens sind vom Prüfling unverzüglich nach Bekanntwerden zu rügen. <sup>2</sup>Der Prüfling kann vor Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, spätestens jedoch binnen eines Monats nach erfolgter Mängelrüge beim Prüfungsamt einen schriftlich begründeten Antrag auf Wiederholung des mangelbehafteten Prüfungsteils stellen, der vom Prüfungsausschuss alsbald zu bescheiden ist. <sup>3</sup>Nach Ablauf der Monatsfrist des Satzes 2 ist die Geltendmachung dieser Verfahrensmängel ausgeschlossen.

### ***Teil 3: Abhilfeverfahren***

#### **§ 23 Widerspruchsverfahren**

(1) Entscheidungen über das Ergebnis der Bachelorprüfung sowie andere Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(2) <sup>1</sup>Gegen die Entscheidung über das Ergebnis der Bachelorprüfung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch nach §§ 68 ff. VwGO eingelegt werden, soweit sich die Rüge auf die Bewertung von Prüfungsleistungen bezieht. <sup>2</sup>Die Begründung soll die Rüge hinreichend konkret und substantiiert darlegen.

(3) <sup>1</sup>Die Studiendekanin oder der Studiendekan entscheidet über die Abhilfe nach § 72 VwGO. <sup>2</sup>Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, entscheidet der Prüfungsausschuss. <sup>3</sup>Hierüber bescheidet die Studiendekanin oder der Studiendekan die Widerspruchsführerin oder den Widerspruchsführer.

(4) Prüfungsspezifische Wertungen und fachliche Bewertungen unterliegen einer Neubewertung durch mit der Abnahme dieser Prüfung bislang nicht befasste Personen, wenn sie der Prüfungsausschuss für fehlerhaft hält und nicht die Prüferin oder der Prüfer, deren oder dessen (Be-)Wertung beanstandet wird, der Rüge antragsgemäß abhilft.

### ***Teil 4: Übergangs- und Schlussbestimmungen***

#### **§ 24 Inkrafttreten**

Diese Ordnung tritt nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen zum 01.04.2025 in Kraft.

#### **§ 25 Übergangsregelung**

<sup>1</sup>Erwerben können den Grad des LL.B. Studierende,

lit. a) die im Sommersemester 2025 im Studiengang Rechtswissenschaften (erste Prüfung) immatrikuliert sind oder

lit. b) die das Studium der Rechtswissenschaften (erste Prüfung) im Wintersemester 2021/22 oder später begonnen haben.

<sup>2</sup>Für die Immatrikulation gilt § 3 Abs. 3 dieser Ordnung entsprechend.

<sup>3</sup>Der Erwerb des Grades LL.B. ist ausgeschlossen, wenn bereits ein juristischer Diplom-Titel erworben wurde. <sup>4</sup>§ 4 S. 2 dieser Ordnung bleibt unberührt.

## **Anlage I: Modulübersicht**

Es müssen Leistungen im Umfang von 240 C absolviert werden.

### **I. Anrechnung 1.- 3. Fachsemester (Zwischenprüfung)**

Bei bestandener Zwischenprüfung werden für das 1.- 3. Fachsemester 90 C angerechnet.

LL.B.001: Anrechnung Zwischenprüfung (90 C)

### **II. Hauptstudium**

#### **1. Zivilrecht**

Es müssen Leistungen im Umfang von 40 C nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen absolviert werden.

**a)** Es muss das folgende Modul im Umfang von 16 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.1117HA - Hausarbeit in der Übung für Fortgeschrittene im Zivilrecht (16 C)

**b)** Es müssen zwei der folgenden Module im Umfang von insgesamt 24 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.1117K1: Klausur 1 in der Übung für Fortgeschrittene im Zivilrecht (12 C)

S.RW.1117K2: Klausur 2 in der Übung für Fortgeschrittene im Zivilrecht (12 C)

S.RW.1117K3: Klausur 3 in der Übung für Fortgeschrittene im Zivilrecht (12 C)

#### **2. Öffentliches Recht**

Es müssen Leistungen im Umfang von 23 C nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen absolviert werden.

**a)** Es muss das folgende Modul im Umfang von 11 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.1224HA: Hausarbeit in der Übung für Fortgeschrittene im Öffentlichen Recht (11 C)

**b)** Es müssen zwei der folgenden Module im Umfang von insgesamt 12 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.1224K1: Klausur 1 in der Übung für Fortgeschrittene im Öffentl. Recht (6 C)

S.RW.1224K2: Klausur 2 in der Übung für Fortgeschrittene im Öffentl. Recht (6 C)

S.RW.1224K3: Klausur 3 in der Übung für Fortgeschrittene im Öffentl. Recht (6 C)

#### **3. Strafrecht**

Es müssen Leistungen im Umfang von 17 C nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen absolviert werden.

**a)** Es muss das folgende Modul im Umfang von 9 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.1314HA: Hausarbeit in der Übung für Fortgeschrittene im Strafrecht (9 C)

**b)** Es müssen zwei der folgenden Module im Umfang von insgesamt 8 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.1314K1: Klausur 1 in der Übung für Fortgeschrittene im Strafrecht (4 C)

S.RW.1314K2: Klausur 2 in der Übung für Fortgeschrittene im Strafrecht (4 C)

S.RW.1314K3: Klausur 3 in der Übung für Fortgeschrittene im Strafrecht (4 C)

### **III. Fachspezifische Fremdsprachenqualifikation**

Es muss eins der folgenden Module im Umfang von 6 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.3101: Einführung in das Englische Recht und die Rechtssprache (6 C)

S.RW.3201: Spanisch für Juristen – Einführung in das spanische Recht und die spanische Rechtsterminologie (6 C)

S.RW.3401: Einführung in das französische Recht und die französische Rechtssprache (6 C)

S.RW.3501: Chinesische Rechtsterminologie I (6 C)

S.RW.3502: Einführung in das chinesische Recht - Göttinger Sommerschule zum chinesischen Recht) (6 C)

S.RW.9600: Fremdsprachennachweis gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d NJAG (6 C)

### **IV. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Grundlagen**

Es muss eins der folgenden Module im Umfang von 6 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.9801: Einführung in die Soziologie (6 C)

S.RW.9804: Sozialwissenschaftliche Theorien (6 C)

S.RW.9805: Einführung in die Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften (6 C)

S.RW.9806: Politische Theorien und politische Ideengeschichte (6 C)

S.RW.9807: Politische Systeme (6 C)

S.RW.9810: Einführung in die Parteienforschung (6 C)

S.RW.9811: Politischer Protest und soziale Bewegungen in der BRD (6 C)

S.RW.9812: Seminar zur Demokratieforschung (4) (6 C)

S.RW.9813: Seminar zur Demokratieforschung (5) (6 C)

S.RW.9814: Seminar zur Demokratieforschung (6) (6 C)

S.RW.9815: Geschichte der Parteientheorie (6 C)

S.RW.9817: Internationale Beziehungen (6 C)

B.WIWI-EXP.0001: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre und Entrepreneurship – Vorlesung und Übung (6 C)

B.WIWI-EXP.0002: Einführung in die Volkswirtschaftslehre – Vorlesung (6 C)

### **V. Schlüsselqualifikation**

Es muss eins der folgenden Module im Umfang von 6 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.4000: Schlüsselqualifikationen, Pflichtfachveranstaltung i.S.d. § 4 Abs. 1 Nr.1 Buchst. f NJAG

S.RW.4101: Das Mandat im Arbeitsrecht

S.RW.4103: Anwaltsrecht

S.RW.4104: Vertragsgestaltung in der notariellen Praxis

S.RW.4105: Legal Tech: mit digitaler Kompetenz zur Methodenkompetenz

S.RW.4106: Das Mandat im Medizinrecht

S.RW.4203: Gesellschaftliche Zukunftsfragen und nachhaltige Lösungsmöglichkeiten (Agrar- und Trinkwasserthematik)

S.RW.4204: Ausbildung der RLC Göttingen zum\*r Rechtsberater\*in im Asyl- und Ausländerrecht

S.RW.4301: Beweis und Vernehmungslehre

S.RW.4302: Rauschgift, Suchtmittel und Strafrecht“ - Rechtsvergleichendes Seminar zum deutschen und türkischen materiellen Strafrecht

## **VI. Praktische Studienzeiten**

Es müssen zwei der folgenden Module im Umfang von insgesamt 12 C erfolgreich absolviert werden:

LL.B.002: Praktische Studienzeit gem. § 4 Abs. 1 Nr.2 Buchst. a NJAG - Amtsgericht (6 C)

LL.B.003: Praktische Studienzeit gem. § 4 Abs. 1 Nr.2 Buchst. b NJAG - Verwaltungsbehörde (6 C)

LL.B.004: Praktische Studienzeit gem. § 4 Abs. 1 Nr.2 Buchst. c NJAG - Rechtsanwaltsbüro oder Rechtsabteilung (6 C)

## **VII. Schwerpunktbereichsstudium**

Es müssen die folgenden Module im Umfang von 28 C erfolgreich absolviert werden:

S.RW.9000HA: Vorbereitende Leistung gem. § 4a Abs. 3 S. 1 NJAG (6 C)

LL.B.005: Schwerpunktbereich - Lehrveranstaltungsmodul (22 C)

## **VIII. Abschlussmodul**

Es müssen die folgenden Module im Umfang von 12 C erfolgreich absolviert werden:

LL.B.006: Bachelorarbeit (8 C)

LL.B.007: Vortrag zur Bachelorarbeit (Seminar) (4 C)

**Anlage II: Studienverlaufsplan**

Sem. Σ C*	Bachelor of Laws					
	Zivilrecht	Öffentliches Recht	Strafrecht	Schwerpunktbereich/Abschluss	SQ Fachspezif. Fremdsprache Wiwi/Sowi	Praktika
1.-3. Σ 90 C <b>Anrechnung Zwischenprüfung</b>	Grundkurs BGB I Grundkurs BGB II Grundkurs BGB III Sachenrecht I Sachenrecht II Dt. Rechtsgeschichte I & II Röm. Rechtsgeschichte I & II	Staatsrecht I Staatsrecht II Staatsrecht III Verwaltungsrecht I (AT) Allgemeine Staatslehre Verfassungsgeschichte der Neuzeit	Strafrecht I Strafrecht II Strafprozessrecht Rechtsphilosophie			
4. Σ 29 C	Familienrecht (2) Erbrecht (2) Verbraucherschutzrecht (2) Recht der Digitalisierung (2) Hauptkurs (2) Zivilprozessrecht I (3)	Bau- und Polizeirecht (4) Kommunal- und Landesverfassungsrecht (2) Verfassungs- und Verwaltungsprozessrecht (2)	Strafrecht III (3) Fortgeschrittenenübung (2)  <b>S.RW.1314K1-K3 2 Klausuren aus 1 -3 8 C (jeweils 4 C)</b>  <b>S.RW.1314HA Hausarbeit 9 C</b> (Bearb. In der vorlesungsfreien Zeit)		<b>Fremdsprachennachweis gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d NJAG 6 C</b>	<b>LL.B.002: Praktikum gem. § 4 Abs. 1 Nr.2 Buchst. a NJAG – Amtsgericht 6 C</b>
5. Σ 32 C	Arbeitsrecht (2) Handelsrecht (2) Gesellschaftsrecht (2) Zivilprozessrecht I (3) IPPR (2) Kreditsicherungsrecht (2) Fortgeschrittenenübung (2)	Europarecht (2) Fortgeschrittenenübung (2)  <b>S.RW.1224K1-K3 Klausur 1 -3 2 Klausuren aus 1 -3 C 12 (jeweils 6 C)</b>  <b>S.RW.1224HA Hausarbeit</b>				

	S.RW.1117K1-K3 Klausur 1 -3 1 Klausur aus 1 -3 C 9 (jeweils 9 C)	12 C (Bearb. In der vorlesungsfreien Zeit)				
6. Σ 31 C	S.RW.1117K1-K3 Klausur 1 -3 1 Klausur aus 1 -3 C 9 (jeweils 9 C)  S.RW.1117HA Hausarbeit 16 C (Bearb. In der vorle- sungsfreien Zeit)			S.RW.9000HA: Vorbereitende Leistung gem. § 4a Abs. 3 S. 1 NJAG 6 C Vorlesungen im Schwerpunktbereich		
7. Σ 28 C				Vorlesungen im Schwerpunktbereich LL.B.006: Mündliche Doppelprüfung 22 C		LL.B.003: Praktikum gem. § 4 Abs. 1 Nr.2 Buchst. b NJAG – Verwaltungsbehörde 6 C
8. Σ 30 C				LL.B.007: Bachelor-Arbeit 8 C LL.B.008: Vortrag zur Bachelorarbeit (Seminar) 4 C	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gem.§ 4 Abs. 1 Nr.1 Buchst. e NJAG 6 C Schlüsselqualifikation gem.§ 4 Abs. 1 Nr.1 Buchst. f NJAG 6 C	LL.B.004: Praktikum gem. § 4 Abs. 1 Nr.2 Buchst. c NJAG - Rechtsanwaltsbüro etc. 6 C
Σ 240 C						

**Anlage III:****Schlussversicherung über die Einhaltung der Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis**

Studierende der Georg-August-Universität Göttingen müssen bei der Erbringung von Leistungen in Studium und Examen die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis beachten. Es gilt die Ordnung der Georg-August-Universität Göttingen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils geltenden Fassung.

Ein Verstoß gegen diese Grundsätze – und damit keine aner kennenswerte wissenschaftliche Leistung – ist insbesondere im Falle eines Plagiats gegeben. Von Plagiat spricht man, wenn Ideen oder Worte anderer als eigene ausgegeben werden, ohne dies durch entsprechende Zitierung kenntlich zu machen. Dabei spielt es keine Rolle, aus welcher Quelle (Buch, Zeitschrift, Internet, Textgenerator, Arbeit eines anderen Studierenden usw.) die fremden Ideen und Worte stammen, ebenso wenig, ob es sich um größere oder kleinere Übernahmen handelt oder ob die Entlehnungen wörtlich oder übersetzt oder sinngemäß sind. **Werden (ausnahmsweise) Textpassagen wörtlich übernommen, so sind diese im Text zusätzlich zur Quellenangabe mit An- und Ausführungsstrichen als solche zu kennzeichnen. Werden fremde Auffassungen wiedergegeben, so sind diese in indirekter Rede als solche kenntlich zu machen. Eine nur allgemeine Anführung der benutzten Quellen im Literaturverzeichnis ist nicht ausreichend. Entscheidend ist, dass die Quelle im Text angegeben ist. Wird sie verschwiegen, liegt ein Plagiat und damit ein Täuschungsversuch vor.**

Die Fakultät macht Gebrauch von allen technischen Möglichkeiten, Vorlagen im Internet aufzuspüren. Für die Wahrung der Abgabefristen ist allein das Hochladen der Arbeit im elektronischen Prüfungsverwaltungssystem ausschlaggebend.

Die Abgabe eines Plagiats stellt einen Täuschungsversuch gemäß § 20 SchwPrO dar und wird mit 0 Punkten (ungenügend) bewertet. Im Studium wird der Studierende von der betreffenden Lehrveranstaltung ausgeschlossen. Es wird weder ein Leistungsnachweis noch eine Anwesenheitsbescheinigung ausgestellt. Dies folgt – unabhängig von der Unterzeichnung dieser Erklärung – bereits aus den einschlägigen Prüfungsbestimmungen.

Die gestellte Aufgabe ist geistiges Eigentum des Aufgabenstellers und darf nicht ohne dessen Zustimmung in Druckmedien oder elektronischen Medien wie dem Internet veröffentlicht werden.

Das auf der Homepage veröffentlichte Merkblatt zur Anfertigung der Studienarbeit ist zur Kenntnis zu nehmen.

**Hiermit versichere ich, dass ich den obenstehenden Text zur Kenntnis genommen und in der beigefügten Arbeit die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis – insbesondere das Plagiatsverbot – beachtet und die Arbeit eigenständig, nur unter Benutzung der ausgewiesenen Literatur und ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Ich verpflichte mich, Aufgabe und Lösung nicht ohne Zustimmung des Aufgabenstellers zu veröffentlichen.**

---

### **Fakultät für Biologie und Psychologie:**

Nach Beschlüssen des Fakultätsrats der Fakultät für Biologie und Psychologie vom 06.11.2024 und 26.02.2025 hat das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen am 26.03.2025 die siebzehnte Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelor-Studiengang „Psychologie“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2012 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 46/2012 S. 3135), zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums vom 09.10.2024 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 35/2024 S. 838), genehmigt (§ 44 Abs. 1 Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 13.12.2024 (Nds. GVBl. S. 118); §§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 b) NHG, 44 Abs. 1 Satz 3 NHG).

### **Artikel 1**

Die Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelor-Studiengang „Psychologie“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2012 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 46/2012 S. 3135), zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums vom 09.10.2024 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 35/2024 S. 838), wird wie folgt geändert.

**1.** In § 10 (Berufsbezogene Praktika und Versuchspersonenstunden) wird Absatz 1a wie folgt neu gefasst:

„(1a) <sup>1</sup>Anstelle des Orientierungspraktikums und der berufsqualifizierenden Tätigkeit gemäß Abs. 1 Satz 1 können abweichend zwei berufsbezogene Praktika im Umfang von 180 und 270 Stunden geleistet werden.“

**2.** In § 17 (Studienberatung) wird Absatz 3 wie folgt neu gefasst:

„(3) In Prüfungsangelegenheiten erfolgt eine Beratung insbesondere durch die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Prüfungsamts.“

**3. Anlage 1 (Modulübersicht) Nr. 2 (Hauptstudium) wird wie folgt geändert.**

**a. Buchstabe a (Pflichtmodule) wird wie folgt neu gefasst:**

**„a. Pflichtmodule**

Es müssen folgende Pflichtmodule im Umfang von insgesamt 76 C erfolgreich absolviert werden (die Module B.Psy.004 und B.Psy.005/006 sind zueinander alternativ):

B.Psy.003	Versuchspersonenstunden	(1 C)
B.Psy.004a	Berufsbezogenes Praktikum I	(6 C)
B.Psy.004b	Berufsbezogenes Praktikum II	(9 C)
B.Psy.005	Orientierungspraktikum	(6 C)
B.Psy.006	Berufsqualifizierende Tätigkeit	(9 C)
B.Psy.104	Allgemeine Psychologie II	(8 C/4 SWS)
B.Psy.205	Forschungsorientiertes Praktikum – Grundlagen der Forschung	(6 C/3 SWS)
B.Psy.301	Differentielle Psychologie	(8 C/4 SWS)
B.Psy.302	Grundlagen der Diagnostik	(8 C/4 SWS)
B.Psy.303	Diagnostische Verfahren	(6 C/4 SWS)
B.Psy.603	Wirtschaftspsychologie I	(8 C/4 SWS)
B.Psy.703	Klinische Psychologie und Psychotherapie I - Störungslehre	(8 C/4 SWS)
B.Psy.801	Pädagogische Psychologie	(8 C/4 SWS)“

**b. In Buchstabe b (Wahlpflichtmodule) werden Buchstaben bb wie folgt neu gefasst:**

**„bb.** Es müssen nichtpsychologische Wahlmodule im Umfang von insgesamt wenigstens 8 C erfolgreich absolviert werden. Diese können frei aus dem universitätsweiten Modulverzeichnis Schlüsselkompetenzen und den Studienangeboten der Zentralen Einrichtung für Sprachen und Schlüsselqualifikationen (ZESS) gewählt werden. Die Belegung anderer Module bedarf der Genehmigung durch die Prüfungskommission. Daneben kann auch das Modul B.Psy.716 belegt werden.“

**c. In Buchstabe b (Wahlpflichtmodule) werden Buchstaben dd wie folgt neu gefasst:**

**„dd.** Studierende, welche ein weiterführendes Studium in einem konsekutiven Master-Studiengang im Bereich der psychologischen Psychotherapie sowie die spätere Zulassung zur Psychotherapeutischen Prüfung nach der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten anstreben, müssen folgende Module erfolgreich absolvieren:

B.Psy.005	Orientierungspraktikum	(6 C)
-----------	------------------------	-------

B.Psy.006	Berufsqualifizierende Tätigkeit	(9 C)
B.Psy.704	Klinische Psychologie und Psychotherapie II – Allgemeine Verfahrenslehre der Psychotherapie	(8 C/4 SWS)
B.Psy.705	Prävention und Rehabilitation in der Psychotherapie, Berufsrecht, Berufsethik	(8 C/4 SWS)
B.Psy.716	Medizin und Pharmakologie für Psychologen	(8 C/4 SWS)“

4. Anlage 2 (Studienverlaufsplan) wird wie folgt neu gefasst:

**„Anlage 2: Studienverlaufsplan**

Erster Studienabschnitt: Orientierungsphase (Semester 1 und 2); 60 Anrechnungspunkte (C)				
Einführung in Gebiete und Forschungsmethoden der Psychologie (B.Psy.202) 8 C (2 V)	Quantitative Methoden I (B.Psy.101) 6 C (V + S)	Sozial- psychologie (B.Psy.501) 8 C (2 V)	Biologische Psychologie (B.Psy.901) 8 C (2 V)	1. Sem. 30 C
Wissenschaftl. Kompetenzen für die Psychologie (B.Psy.1001) 8 C (V + S)	Quantitative Methoden II (B.Psy.102) 6 C (V + S)	Entwicklungs- psychologie (B.Psy.401) 8 C (V + S)	Allgemeine Psychologie I - Kogn./affekt. Neurowiss. (B.Psy.204) 8 C (V + S)	2. Sem. 30 C

Alle 8 Module der Orientierungsphase sind Pflichtmodule und müssen spätestens bis zum Ende des 6. Fachsemesters abgeschlossen sein.

Zweiter Studienabschnitt: Hauptstudium (Semester 3 bis 6); 120 Anrechnungspunkte (C)					
Grundl. der Diagnostik (B.Psy.302) 8 C (V + S)  ↓	Forschungsorient. Praktikum - Grundlagen der Forschung (B.Psy. 205) 6 C (3 SWS)	Allg. Psychologie II (B.Psy.104) 8 C (V + S) Ø Vorauss.	Wirtschaftspsychologie I (B.Psy.603) 8 C (V + S)	Klin. Psychologie und Psychotherapie I - Störungslehre (B.Psy.703) 8 C (V + S)	3. Sem. 30 C
Diagnost. Verfahren (B.Psy.303) 6 C (2 S)	Differentielle Psychologie (B.Psy.301) 8 C (V + S) Ø Vorauss.	Pädagogische Psychologie (B.Psy.801) 8 C (V + S)			4. Sem. 30 C
Wahlpflichtmodule (für Master Psychotherapie zwingend): • B.Psy.704 Klinische Psychologie und Psychotherapie II - Allgemeine Verfahrenslehre der Psychotherapie (8 C, V + S) • B.Psy.705 Prävention und Rehabilitation in der Psychotherapie, Berufsrecht, Berufsethik (8 C, V + S) • B.Psy.716 Medizin und Pharmakologie für Psychologen (8 C, 2 V)		Wahlpflichtmodule: • B.Psy.601 Wirtschaftspsychologie II (8 C, V + S) • B.Psy.902 Biologische Psychologie: Neurowissenschaften (8 C, V + S)			5. Sem. 24 C-32 C
WPM Urteilen und Entscheiden (B.Psy.105) 8 C (V + S)		WPM Freier Wahlbereich 8 - 16 C		Bachelorarbeit 12 C Vorauss.: O-Phase, Forschungsor. Praktikum, weitere 30 C aus Hauptstudium	6. Sem. 28 C
=> Weitere 16 Anrechnungspunkte aus: Berufspraktika (B.Psy.004a, 6 C = 180 Stunden und B.Psy.004b, 9 C = 270 Stunden) oder Orientierungspraktikum (B.Psy.005, 6 C = 180 Std.) und Berufsqualifizierende Tätigkeit (B.Psy.006, 9 C = 270 Std.) sowie 30 Pb-Stunden (B.Psy.003; 1 C) => Aus dem Wahlpflichtbereich (WPM) sind 32 C zu erbringen. Dabei müssen für die Bewerbung zum Master PT folgende Module belegt und bestanden werden: B.Psy.005, B.Psy.006, B.Psy.704, B.Psy.705, B.Psy.716					

”

### Artikel 2

Die Änderung tritt nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen rückwirkend zum 01.04.2025 in Kraft.

**Fakultät für Biologie und Psychologie:**

Nach Beschluss des Fakultätsrats der Fakultät für Biologie und Psychologie vom 18.12.2024 hat das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen am 26.03.2025 die fünfte Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Psychologie: Klinische Psychologie und Psychotherapie“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2022 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 25/2022 S. 465), zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums vom 09.10.2024 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 35/2024 S. 846), genehmigt (§ 44 Abs. 1 Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 13.12.2024 (Nds. GVBl. S. 118); §§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 b) NHG, 44 Abs. 1 Satz 3 NHG).

**Artikel 1**

Die Prüfungs- und Studienordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Psychologie: Klinische Psychologie und Psychotherapie“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2022 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 25/2022 S. 465), zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums vom 09.10.2024 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 35/2024 S. 846), wird wie folgt geändert.

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt neu gefasst:

**„Inhaltsverzeichnis**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Ziele des Studiums; Tätigkeitsfelder; Zweck der Prüfungen
- § 3 Akademischer Grad
- § 4 Studienstruktur und -organisation
- § 5 Module und Modulprüfungen; Zugang zu Modulen
- § 6 Praxismodul
- § 7 Lehr- und Lernformen; Zulassung zu Veranstaltungen mit beschränkter Platzzahl
- § 8 Fachspezifische Prüfungsformen
- § 9 Zulassung zur Masterarbeit
- § 10 Masterarbeit
- § 11 Prüfungskommission
- § 12 Prüfungsorganisation
- § 13 Störungen; endgültiges Nichtbestehen
- § 14 Gesamtergebnis; Auszeichnung
- § 15 Inkrafttreten; Übergangsbestimmungen

- Anlage 1      Modulübersicht  
Anlage 2      Exemplarischer Studienverlaufsplan“

**2.** In § 4 (Studienstruktur und -organisation) wird Absatz 3 wie folgt neu gefasst:

„(3) Das Studium umfasst 120 Anrechnungspunkte (ECTS-Credits, abgekürzt: C), die sich folgendermaßen verteilen:

- a) auf die hochschulische Lehre 65 C;
- b) auf die berufspraktischen Einsätze 25 C, wobei hiervon 20 auf die berufsqualifizierende Tätigkeit III entfallen;
- c) auf das Masterabschlussmodul 30 C“

**3.** In § 10 (Masterarbeit) werden folgende Absätze 9 und 10 angefügt:

„(9) <sup>1</sup>Die Masterarbeit kann in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden. <sup>2</sup>Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des einzelnen zu Prüfenden muss auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar sein und den Anforderungen nach Absatz 1 entsprechen.

(10) Die Masterarbeit ist angebunden an ein Masterabschlussmodul im Umfang von 30 C.“

**4.** § 15 (Inkrafttreten) wird wie folgt geändert.

**a.** Der Titel des Paragraphen wird um ein Semikolon und das Wort „Übergangsbestimmungen“ erweitert.

**b.** Der bisherige Wortlaut wird zu Absatz 1 und folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) <sup>1</sup>Studierende, die ihr Studium vor Wintersemester 2024/25 begonnen haben und ununterbrochen in diesem Studiengang immatrikuliert waren, werden nach der Prüfungs- und Studienordnung in der vor Inkrafttreten der Änderung geltenden Fassung geprüft. <sup>2</sup>Studierende, die ihr Studium zum Wintersemester 2024/25 begonnen haben und ununterbrochen in diesem Studiengang immatrikuliert waren, werden nach der vorliegenden geänderten Prüfungs- und Studienordnung geprüft. <sup>3</sup>Auf Antrag werden auch Studierende nach Satz 1 insgesamt nach den Bestimmungen der geänderten Ordnung geprüft.“

**5.** In Anlage 1 (Modulübersicht) wird Nr. 3 (Masterarbeit) wie folgt neu gefasst:

### **„3. Masterabschlussmodul**

Es muss das Masterabschlussmodul im Umfang von insgesamt 30 C erfolgreich absolviert werden, das ein Kolloquium im Umfang von 2 C sowie die Masterarbeit im Umfang von 28 C umfasst.“

**6.** Anlage 2 (Exemplarischer Studienverlaufsplan des Master-Studiengangs „Psychologie: Klinische Psychologie und Psychotherapie“) wird wie folgt neu gefasst:

## „Anlage 2: Exemplarischer Studienverlaufsplan des Master-Studiengangs „Psychologie: Klinische Psychologie und Psychotherapie“

	1. Semester	2. Semester	3. Semester	4. Semester
	<b>Wissenschaftliche Vertiefung</b> 10	<b>Forschungsorientiertes Praktikum II: Psychotherapieforschung</b> 5	<b>Dokumentation, Evaluierung und Organisation psychotherapeutischer Behandlungen</b> 3	
	S/S Kognitive Entwicklungspsychologie 5	OSE Psychotherapieforschung	V Dokumentation, Evaluation und Organisation psychotherapeutischer Behandlung	
	S/S Lernpsychologie 5			
	V/S Biologische Grundlagen individueller Unterschiede 5	<b>Vertiefte psychologische Diagnostik und Begutachtung</b> 10		
	S/S Sozialer Einfluss 5	S Klinisch-psychologische Begutachtung		
		OSE Klinisch-psychologische Diagnostik		
			<b>Selbstreflexion</b> 3	
			OSE Selbstreflexion	
	<b>Vertiefte Forschungsmethodik</b> 8	<b>Angewandte Psychotherapie</b> 5	<b>Berufsqualifizierende Tätigkeit III - Angewandte Praxis der Psychotherapie</b> 20	<i>BQT III</i>
	S Statistische Methoden	V Angewandte Psychotherapie: Grundlagen	PRÜ Angewandte Praxis der Psychotherapie im ambulanten Kontext 5	
	S Methoden der Evaluationsforschung	S Angewandte Psychotherapie: Vertiefung	PR Angewandte Praxis der Psychotherapie im (teil-)stationären Kontext 15	
	<b>Spezielle Störungs- und Verfahrenslehre der Psychotherapie</b> 11		<i>Masterabschlussmodul</i>	<b>Masterabschlussmodul</b> 30
	V Diagnostik und Behandlung psychischer Störungen	S Ausgewählte Themen der Störungs- und Verfahrenslehre II		
	S Ausgewählte Themen der Störungs- und Verfahrenslehre I	S Ausgewählte Themen der Störungs- und Verfahrenslehre III		
	<b>Berufsqualifizierende Tätigkeit II - Vertiefte Praxis der Psychotherapie</b> 15			<b>Legende</b>
	OSE Praxis der Psychotherapie I: Wissenschaftlich geprüfte und anerkannte Methoden der Psychotherapie 5	OSE Praxis der Psychotherapie II: Kinder und Jugendliche 5	OSE Praxis der Psychotherapie III: Erwachsene und ältere Menschen 5	S Seminar
				V Vorlesung
				OSE Oberseminar
				PRÜ Praktische Übung
				PR Praktikum
ECTS	28	31	31	30

## Artikel 2

Die Änderung tritt nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen rückwirkend zum 01.04.2025 in Kraft.

---

### **Fakultät für Agrarwissenschaften:**

Nach Beschluss des Fakultätsrats der Fakultät für Agrarwissenschaften am 27.06.2024 und des Senats der Georg-August-Universität Göttingen am 19.03.2025 hat das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur im Wege der Ersatzvornahme für den nicht handlungsfähigen Stiftungsausschuss Universität am 10.04.2025 die erste Änderung der Ordnung über die Zugangsvoraussetzungen für den Bachelor-Studiengang „Agrarwissenschaften“ in der Fassung vom 09.12.2008 (Amtliche Mitteilungen Nr. 40/2008) genehmigt (§ 44 Abs. 1 Satz 1 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Februar 2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 13.12.2024 (Nds. GVBl. S. 118)); § 41 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung § 18 Abs. 6 Satz 3, Abs. 8 Satz 3 NHG; §§ 62 Abs. 4 Satz 1, 60 a Abs. 1 Satz 1 NHG in Verbindung mit §§ 18 Abs. 6 Satz 3, Abs. 8 Satz 3, Abs. 14; 62 Abs. 3 Satz 2 und Satz 3 NHG).

## Artikel 1

Die Ordnung über die Zugangsvoraussetzungen für den Bachelor-Studiengang „Agrarwissenschaften“ in der Fassung vom 09.12.2008 (Amtliche Mitteilungen Nr. 40/2008) wird wie folgt geändert.

1. § 5 (Nachweis) wird wie folgt geändert.

a. In Absatz 1 wird Buchstabe b wie folgt neu gefasst:

„b) der Nachweis, dass es sich bei dem Praktikumsbetrieb des Basispraktikums um einen auf Dauer anerkannten Ausbildungsbetrieb handelt,“

b. Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) <sup>1</sup>Das Berichtsheft muss folgende Angaben enthalten:

- a) Betriebsbeschreibung gemäß Berichtsheft für landwirtschaftliche Auszubildende des Landwirtschaftsverlages Münster-Hiltrup über jeden Betrieb,
- b) Tages- oder Wochenberichte einschließlich aller relevanten Tätigkeiten während des Praktikums oder Teilpraktikums mit Zeit- beziehungsweise Leistungsangaben,

- c) Erfahrungsberichte zu allen Praktika im Umfang von insgesamt 7000 Wörtern; ein Erfahrungsbericht besteht hierbei ausschließlich aus Ausführungen zu betriebsspezifischen Fragestellungen und darf keine allgemeinen Ausführungen enthalten.

<sup>2</sup>Das Berichtsheft ist in deutscher Sprache oder auf Antrag der Studienbewerberin oder des Studienbewerbers in einer anderen Sprache vorzulegen; der Praktikantenausschuss kann hierzu Durchführungsbestimmungen erlassen, insbesondere in welchen anderen Sprachen das Berichtsheft anerkannt werden kann.“

**2. § 6 (Anerkennung von Berufsabschlüssen und von Praktikumsabschnitten in verwandten Ausbildungen) wird wie folgt geändert.**

**a. Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:**

„(3) <sup>1</sup>Anstelle des Vertiefungspraktikums nach dieser Ordnung wird eine abgeschlossene Berufsausbildung in folgenden Berufen anerkannt:

- a) Forstwirtin oder Forstwirt,
- b) Pflanzentechnolog\*innen,
- c) Landwirtschaftlich-Technische Assistent\*innen,
- d) Land- und Baumaschinenmechatroniker\*innen,
- e) Milchwirtschaftliche Laborant\*innen,
- f) Milchtechnolog\*innen,
- g) Revierjäger\*innen,
- h) Hauswirtschaftler\*innen

<sup>2</sup>Die Bestimmungen des § 4 Abs. 2 bleiben unberührt.“

**b. Der bisherige Absatz 5 wird zu Absatz 4.**

**c. Der bisherige Absatz 6 wird zu Absatz 5.**

## **Artikel 2**

<sup>1</sup>Die Änderung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft. <sup>2</sup>Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 2025/26.

---

**Zentrale Einrichtungen:**

Nach Beschluss des Senats vom 19.03.2025 hat das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen am 02.04.2025 die zwanzigste Änderung der Prüfungsordnung für Studienangebote der Zentralen Einrichtung für Sprachen und Schlüsselqualifikationen (ZESS) der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.11.2012 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 41/2012 S. 2180), zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums vom 17.07.2024 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 24/2024 S. 546), genehmigt (§ 41 Abs. 1 Satz 2 NHG in Verbindung mit § 11 Satz 1 ZESS-PO; § 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 b) NHG).

**Artikel 1**

Die Prüfungsordnung für Studienangebote der Zentralen Einrichtung für Sprachen und Schlüsselqualifikationen (ZESS) der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.11.2012 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 41/2012 S. 2180), zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums vom 17.07.2024 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 24/2024 S. 546), wird wie folgt geändert.

Anlage 1 (Angebote der ZESS zum Erwerb von Zertifikaten) wird wie folgt geändert.

**a.** In Nr. 7 (Zertifikatsprogramm „Medienkompetenz“) Buchstabe c (Modulübersicht) Buchstaben cb wird Ziffer iii (medialer Schwerpunkt „Web“) wie folgt neu gefasst:

**„iii. medialer Schwerpunkt „Web“**

SK.AS.MK-06	Medienkompetenz: E-Portfolio im Kontext von Bewerbung und Karriere	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.MK-12	Medienkompetenz: Mobile Kommunikation	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.MK-15	Medienkompetenz: Weblogs, Netzwerke, Onlinekommunikation	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.MK-31	Medienkompetenz: Journalistische Praxis: Onlinejournalismus	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.MK-49	Medienkompetenz: Reels, Shorts und Stories im wissenschaftlichen Kontext	(3 C / 2 SWS)“

**b.** In Nr. 8 (Zertifikatsprogramm „Mündliche Kommunikation“) Buchstabe c (Modulübersicht) Buchstaben ca (Schwerpunkt Mediensprechen) wird Ziffer iii wie folgt neu gefasst:

„iii. Es müssen wenigstens zwei der folgenden Module im Umfang von insgesamt 6 C erfolgreich absolviert werden.

SK.AS.KK-50	Kommunikative Kompetenz: Journalistische Interviews führen	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.KK-51	Kommunikative Kompetenz: Sprechrollen im Fernsehen	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.KK-52	Kommunikative Kompetenz: Moderation von Magazinsendungen	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.KK-53	Kommunikative Kompetenz: Livereportage im Fernsehen	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.KK-60	Kommunikative Kompetenz: Theorie des Textsprechens	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.KK-61	Kommunikative Kompetenz: Standardlautung der deutschen Sprache	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.KK-63	Kommunikative Kompetenz: Varianten sprecherischer Performanz im Vortrag	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.MK-26	Journalistische Praxis: New Radio: Der Interviewpodcast als Sonderform des Onlinejournalismus“	

c. In Nr. 10 (Zertifikatsprogramm „Sozial- und Führungskompetenz“) Buchstabe c (Modulübersicht) werden Buchstaben cb wie folgt neu gefasst:

„**cb.** Es müssen wenigstens zwei der folgenden Module im Umfang von wenigstens 6 C erfolgreich absolviert werden:

SK.AS.DK-01	Diversitätskompetenz: Umgang mit ethnisch-kultureller Vielfalt in Alltag, Gesellschaft und Arbeitswelt	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-02	Führungskompetenz: Coaching	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-03	Führungskompetenz: Interkulturelle Kommunikationskompetenz	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-04	Führungskompetenz: Die lernende Organisation	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-05	Führungskompetenz: Diversity Management	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-06	Führungskompetenz: Unternehmenskultur	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-07	Führungskompetenz: Entscheidungskompetenz	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-13	Führungskompetenz: Wirtschaftsethik	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-20	Führungskompetenz: Vereinbarkeit von Beruf und Familie	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-21	Führungskompetenz: Design Thinking – Kreative Problemlösung für Studierende	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-22	Führungskompetenz: Unternehmerisches Denken und Handeln	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.FK-23	Führungskompetenz: Altern in der Arbeitswelt – neue Aufgaben für Betriebe, Führungskräfte und Teams	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.SK-07	Sozialkompetenz: Konfliktlösung und Kooperation	(3 C / 2 SWS)

SK.AS.SK-27	Sozialkompetenz: Der Freundschaftsfaktor	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.WK-03	Selbstmanagement: Persönlichkeit und Selbst- und Fremdeinschätzung	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.WK-05	Selbstmanagement: Krisen- und Konfliktmanagement	(3 C / 2 SWS)
SK.AS.WK-14	Selbstmanagement: Handeln unter Verantwortung	(3 C / 2 SWS)
SK.HSp.TR-06	Outdoor Education – Führungskompetenzen und Team- fähigkeiten entwickeln und anwenden	(4 C / 4 SWS)“

### **Artikel 2**

Die Änderung tritt nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen rückwirkend zum 01.04.2025 in Kraft.

---